

## **Antrag**

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## **Die Nutzung der Kernenergie ist keine Zukunftsoption für Europa – Ablehnung des polnischen Kernenergieprogramms**

Der Landtag stellt fest:

Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima hat Deutschland den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Diese Entscheidung ist in Europa und weltweit beispielgebend. Die größte europäische Volkswirtschaft setzt sich das Ziel, ihren Energiebedarf künftig klimafreundlich und ohne Kernenergie zu decken. Das Land Brandenburg stellt sich dieser Herausforderung. Brandenburg wird seine Energiepolitik so ausrichten, dass dieses anspruchsvolle Ziel auch erreicht wird. Zugleich werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten alles dafür tun, dass sich auch bei unseren Nachbarn die Vision einer Energieversorgung ohne Kernkraft durchsetzt.

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag Brandenburg spricht sich gegen das von der Republik Polen geplante Kernenergieprogramm aus und unterstützt auch die diesbezüglichen regionalen brandenburgischen Aktivitäten. Unabhängig von der konkreten Standortwahl ergeben sich aus dem Betrieb von Kernkraftwerken bei einem Störfall erhebliche Risiken auch für entferntere Regionen, so dass Brandenburg dem geplanten polnischen Einstieg in diese Hochrisikotechnologie ablehnend gegenübersteht.
2. Der Landtag Brandenburg bittet die Landesregierung, die ablehnende Haltung zum strategischen Einstieg in diese Hochrisikotechnologie in der Stellungnahme zur Strategischen Umweltprüfung (SUP) des Nuklearprogramms Polens zu verankern.

Begründung:

Die Republik Polen hat der Bundesrepublik Deutschland den Entwurf eines Kernenergieprogramms für den Einstieg in die eigenständige Kernenergienutzung Polens offiziell zur Kenntnis gegeben. Im Rahmen der grenzüberschreitenden Strategischen Umweltprüfung (SUP) bestehen Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten für deutsche Behörden und Bürger. Insgesamt sind 28 Standorte in einer Untersuchungsliste genannt. Sieben Standorte befinden sich weniger als 100 km von Brandenburgs Außengrenze entfernt. Drei der vier empfohlenen Standorte für den Neubau eines Kernkraftwerkes liegen weniger als 270 km von der deutschen Staatsgrenze entfernt sind (der Standort Warta-Klempicz sogar nur 125 km). Daher ist es dringend geboten, gegenüber den polnischen Partnern die ablehnende Position Brandenburgs und Deutschlands zur Nutzung der Kernenergie in aller Deutlichkeit zu formulieren. Aus aktuellem Anlass (das japanische Kernkraftwerk Fukushima ist von Tokyo 250 Kilometer entfernt) sollte noch sehr bewusst sein, dass die Folgen eines atomaren Störfalls vor Ländergrenzen nicht Halt machen und weit über die unmittelbare Umgebung hinausreichen können.

Ralf Holzschuher  
für die Fraktion der SPD

Kerstin Kaiser  
für die Fraktion DIE LINKE

Axel Vogel  
Für die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN